30.6.69

JUSTIZ-info

1 JAHR GEFÄNGNIS ^{für} FABIANO MAZZALAI

JUSTIZ-INFO JUSTIZ-INFO JUSTIZ-INFO JUSTIZ-INFO JUSTIZ-INFO JUSTIZ-I

FREISPRUCH ^{für} ALEX ZOLLMANN

Am 18.6.69 wurde nach 7stündiger Verhandlung der italienische Genosse Fabiano Mazzalai, der seit dem 1. Mai im Untersuchungsgewächtnis saß, von Amtsgerichtsrat Axel Vogt in der schon bewährten Kooperation mit Staatsanwalt Wehrmann wegen gefährlicher Körperverletzung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

4 Zeugen der Verteidigung und ein Film mit der Festnahmeszene, auf dem 4 Polizisten knüppelnd und mit Knebelkette gegen den am Boden liegenden Fabiano vorgehen und ihn, ohne daß er Widerstand leistet, über die Straße schleifen, steigerten nur die Aggressivität von Vogt und Wehrmann. Auch die widersprüchlichen Polizisten-Aussagen konnten an ihrer vorgefaßten Meinung nichts ändern. Wehrmann bezeichnete schließlich jeden Beweisantrag von Rechtsanwalt Borger als "unsinnig" und "bloßes Mittel zur Prozessverschleppung" und führte in seinem Plädoyer aus, die "milde Welle" der Gerichte werde "nicht verstanden", das "Moment der Abschreckung" dürfe nicht mehr unberücksichtigt bleiben. Vogt verkündete sofort nach dem Rechtsanwaltsplädoyer das Urteil: 1 Jahr Gefängnis - entsprechend Wehrmann-Antrag. Seine mündliche "Urteilsbegründung" war zum großen Teil eine Belehrung an Fabiano, wie er sich als Gast in einem fremden Lande, wo man ihm auch noch für guten Lohn Arbeit gegeben habe (Fabiano arbeitete bei VALVO) zu benehmen habe etc.

Die Ausweisungsverfügung mit Androhung der Abschiebung 3 Tage nach Haftentlassung wegen "Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung der BRD" hat Fabiano schon während des Ermittlungsverfahrens vom Ausländeramt erhalten, also bevor überhaupt ein rechtskräftiges Urteil über sein Tun vorlag.

8 Tage später, am 26. 6., wurde der Student Axel Zollmann von der Anklage des Landfriedensbruches begangen durch Beteiligung am Bau einer Barrikade am Karfreitag 68 beim Springer-Verlagshaus frei gesprochen. Das Schöffengericht unter Vorsitz des-bisher in Demonstrantenprozessen unbekanntes- Amtsgerichtsrates Beyer sah Zollmanns Teilnahme an Barrikadenbau als erwiesen an, bezeichnete aber den Barrikadenbau als rechtmäßige Ausübung der grundgesetzlichen Demonstrationsfreiheit und als wirksames Mittel, um die Bevölkerung auf die Gefahr der Pressekonzentration hinzuweisen. Die Pressefreiheit sei dadurch nicht beeinträchtigt gewesen.

Das Urteil ist - neben dem Esslinger Urteil - eines der wenigen Gerichtsentscheidungen, in der bei der Prüfung der Rechtswidrigkeit des vorgeworfenen Delikts Grundgesetzartikel über Strafgesetzbuchparagrafen gestellt, bzw. überhaupt miteinbezogen wurden.

Der Staatsanwalt Ferber, der 6 Monate Gefängnis mit Bewährung gefordert hatte, wird selbstverständlich Berufung einlegen und wie dann entschieden wird, kann man sich denken.

Zwei so entgegengesetzte Urteile lassen den Freiheitsraum und die Personenabhängigkeit von Entscheidungen im Bereich der "3. Gewalt" recht groß erscheinen. Tatsächlich sichert schon der Instanzenweg gegen nicht konforme Entscheidungen ab. Wenn die liberale Presse auch diesen Freispruch - ähnlich wie im Esslinger Fall - groß herausstellt, gerät leicht in Vergessenheit, daß ein solches Urteil unter den Bedingungen des Systems eben nur als Einzelfall möglich ist und keinesfalls eine Ansatzmöglichkeit für den Angriff auf bestehende Gesellschaftsstrukturen sein kann, sondern sogar für die Verschleierung der Handlungsfunktion der Justiz nützlich ist. Ein bißchen Zuckerbrot hin und wieder läßt liberale Grundgesetzideologen bereitwillig über die brutale Alltagspraxis hinwegsehen.

Die massenhaften Verfahrer von Ostern 68 - bisher hat die Staatsanwaltschaft in Hamburg ca. 50 Anklagen erhoben - enden in dieser Alltagspraxis stets mit Urteilen von mehreren Monaten Gefängnis (häufig auf Bewährung) und erheblichen Geldstrafen für solche Demonstranten, die irgendwo in der Nähe einer Barrikade gesessen haben also nicht einmal an ihrem Bau beteiligt waren. Diese Urteile haben - auch wenn Vogt und Wehrmann einmal nicht dabei waren - immer den gleichen Tenor. Sie orientieren sich zur Untersuchung des tatsächlichen Hergangs an Polizistenaussagen und für die rechtliche Prüfung an den rein deskriptiven "Tatbestandsmerkmalen" des betreffenden Strafgesetzbuchparagrafen. Die Frage der "Rechtswidrigkeit", wo eigentlich die Legitimität einer Handlung unter Einbeziehung von Grundgesetzartikeln zu prüfen wäre, wird mit dem lapidaren Satz abgetan: "Rechtfertigungsgründe sind nicht gegeben" (so lernt man es im Jura-Studium). Alles ist ganz einfach und offensichtlich (Wehrmann im Mazzalai-Prozeß: "...ganz simpler Fall einer recht munteren Körperverletzung..").

FACIT : Das "Durchschnitts"-urteil, das den Anforderungen des Staates zur Aufrechterhaltung der (kapitalistischen) Sicherheit und Ordnung genügt, ist nicht ein Mittelding zwischen Mazzalai- und Zollmann-Urteil, es entspricht inhaltlich dem Mazzalai-Urteil. Nur mit dem Strafmaß waren die meisten Richter bisher noch etwas zurückhaltender. Aber das wird sich ändern.

Mit dem Mazzalai-Urteil und vor allem mit dem Urteil gegen den Münchener Rechtsreferendar Rolf Pohle (15 Monate Gefängnis) ist ein Anfang gemacht. In Hamburg wird es mit dem Schmiedel-Prozeß - vom 18. = 30. Juli - weitergehen.

DIE JUSTIZ ERFÜLLT IMMER KONSEQUENTER IHREN STAATLICH-KAPITALISTISCHEN AUFTRAG ZUR AUSSCHALTUNG DER SYSTEMOPPOSITION !
IHRE UNABHÄNGIGKEIT IST MEHR DENN JE EINE CHIMÄRE !
DIE GEWALT DER JUSTIZ IST UM VIELES GEFÄHRLICHER ALS DER POLIZEI-
KNÜPPEL: SIE IST UNAUFFÄLIGER, VERSACHLICHTER UND DAUERHAFTER GEWALT !
WIR SIND IHR NUR GEWACHSEN DURCH UNSERE SOLIDARITÄT; DIE DIE VEREIN-
ZELUNG DER ANGEKLAGTEN AUFHEBEN MUSS !

DARUM: KOMME ZUM SCHMIEDEL PROZESS !! lest dazu "Redelführer-Info" Nr. 1 !

Verantwortlich: AStA-Justizreferat, Michael Schubert, Ingeborg Seele